

Antrag

der Abgeordneten Norbert Hackbusch, Kersten Artus, Tim Golke, Dora Heyenn, Cansu Özdemir, Christiane Schneider, Heike Sudmann und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)

der Abgeordneten Dr. Stefanie von Berg, Christiane Blömeke, Phyliss Demirel, Olaf Duge, Katharina Fegebank, Christa Goetsch, Dr. Eva Gumbel, Anja Hajduk, Jens Kerstan, Antje Möller, Farid Müller, Heidrun Schmitt, Dr. Till Steffen und Dr. Anjes Tjarks (GAL)

der Abgeordneten Robert Bläsing, Dr. Kurt Duwe, Carl-Edgar Jarchow, Martina Kaesbach, Dr. Thomas-Sönke Kluth, Finn-Ole Ritter, Dr. Wieland Schinnenburg, Katja Suding und Anna-Elisabeth von Treuenfels (FDP)

Betr.: Berichterstattung und Aktenvorlageersuchen

Die HPA führt in ihrem Geschäftsbericht bei der Gewinn-und-Verlust-Rechnung unter dem Posten 7. Sonstige betriebliche Aufwendungen für die Jahre

2007	152.415.291,48 Euro
2008	29.334.339,77 Euro
2009	158.812.480,04 Euro
2010	66.591.744,51 Euro

auf. In dem erklärenden Lagebericht werden diese Aufwendungen vor allem als Kosten für Flächenfreimachungen ausgewiesen.

Die Höhe dieser Summen ist erstaunlich, da es sich sicherlich um Flächen im Eigentum der Freien und Hansestadt Hamburg handelt und lediglich um die Ablösung von Pachtverträgen.

Auf Nachfragen im Haushaltsausschuss wie auch im Ausschuss für Öffentliche Unternehmen wurde diesbezüglich von den Geschäftsführern der HPA nur allgemein geantwortet. Dies widerspricht dem Prinzip eines öffentlichen Unternehmens, das sich durch Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit oder zumindest der Hamburgischen Bürgerschaft auszeichnen soll. Diese Nichtinformation ist gerade bezüglich der unter diesem Posten aufgelisteten Summen eklatant.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. der Bürgerschaft Auskunft über die unterschiedlichen Vorgänge zu geben, die sich hinter dem Posten 7. (Sonstige betriebliche Aufwendungen) des Geschäftsberichtes der HPA aus den Jahren 2007, 2008, 2009 und 2010 verbergen. Dabei berichtet er insbesondere über die jeweiligen Flächen, die in den vier Jahren freigemacht wurden;

2. gemäß Artikel 30 der Hamburgischen Verfassung der Bürgerschaft unverzüglich, spätestens jedoch bis zum 31. Januar 2012, sämtliche Akten der HPA und der kontrollierenden Wirtschaftsbehörde bezüglich der hinter dem Posten 7. (Sonstige betriebliche Aufwendungen) in den Jahren 2007, 2008, 2009 und 2010 stehenden Vorgänge vorzulegen.